



Rotkehlchen

Stadtteilzeitung für Eendenich und Weststadt

Dezember 1986

Soziale Politik mit Johannes Rau GEGEN DIE ELLENBOGENGESELLSCHAFT

Über vier Jahre ist sie nun im Amt, die Regierung Kohl, und ihre Bilanz ist erschreckend. Die 1982 angekündigte Wende ist in Angriff genommen worden. Vor allem die Arbeitnehmer haben das spüren müssen. Sollte Kohl wieder gewinnen, geht's erst richtig los. Das hat Strauß schon angekündigt. Worum es geht, sagt Horst Ehmke.

Die Bundesrepublik steht vor der Wahl: Für eine solidarische Gesellschaft oder für die Ellenbogengesellschaft.

Trotz der Rückschläge in Bayern und Hamburg, wir Sozialdemokraten kämpfen um jede Stimme für die Bundestagswahl am 25. Januar 1987.

Bundeskanzler Kohl muß durch Johannes Rau abgelöst werden, denn vier weitere Jahre Kohl heißt:

- Kohl und die Konservativen tun nichts, um den Rüstungswettlauf zu stoppen. Im Gegen-

- Kohl und die Konservativen nehmen bewußt die unabsehbaren Gefahren der Atomkraft in Kauf. Welche Schäden entgegen allen Verharmlosungen und Versprechungen selbst konventionelle Produktionsmethoden hervorrufen können, hat zuletzt die Rheinkatastrophe in erschreckender Weise deutlich gemacht.

Kohl ist als Bundeskanzler eine Zumutung. Das Newsweek-Interview ist nur das letzte Glied in einer langen Kette von Peinlichkeiten und Entgleisungen. Und er trägt durch diese Entgleisungen zur Wiederbelebung eines dumpfen Rechtsradikalismus bei.

Wir Sozialdemokraten setzen dem unsere klaren Alternativen entgegen:

- Wir sagen ja zum Bündnis. Aber wir wollen Verbündete, nicht Liebediener sein. Und wir wollen, daß der Rüstungswettlauf endlich gestoppt wird; und daß die beiden deutschen Staaten dazu auch eigene Beiträge leisten.

- Wir wollen die Arbeitslosigkeit durch eine große Gemeinschaftsanstrengung überwinden. Unser Programm "Arbeit und Umwelt", mit dem schon im ersten Jahr mehrere hunderttausend Arbeitsplätze geschaffen werden, weist dafür einen Weg.

- Wir wollen die soziale Gerechtigkeit und den sozialen Frieden wiederherstellen. Wir wollen eine Steuerreform für die breiten Schichten, nicht für die Millionäre.

- Wir wollen die Nutzung der Atomkraft in einem absehbaren Zeitraum beenden. Eine Technologie, deren Nutzung Unfehlbarkeit voraussetzt, weil Fehler Katastrophen von unvorhersehbarem Ausmaß zur Folge haben können, kann von Menschen auf Dauer nicht nicht verantwortet werden.

- Wir wollen, daß Johannes Rau



Übrigens:

In den letzten Jahren kann man in der CDU/CSU eine Entwicklung verfolgen, die den Beobachter in höchstem Maße besorgt machen müßte. Immer mehr gibt hier eine Gruppe den Ton an, die aus der Unionsfraktion selbst die Bezeichnung Stahlhelmfraktion erhalten hat. Rücksichtslose Politik für die ohnehin Stärkeren, infragestellen der Friedens- und Ostpolitik der bisherigen Bundesregierungen und ein Umgang mit dem politischen Gegner, der an unseelige Zeiten erinnert, prägen das Auftreten dieser Gruppe.

Insbesondere ein bisher totgegläubter Antisemitismus und dumpfer Rechtsradikalismus macht wieder von sich Reden.

Losgetreten hat diese Entwicklung auch Helmut Kohl, der geistig-moralische Erneuerer der Nation. Er, der sich der Gnade der späten Geburt rühmt, nimmt diese ständig als Entschuldigung für seine vor dem Hintergrund unserer Geschichte unverantwortlichen Handlungen.

So war er es, der den amerikanischen Präsidenten dazu überredete, mit ihm auf dem Soldatenfriedhof Bitburg Täter und Opfer auf eine Stufe zu stellen.

Er hielt es nicht für notwendig, einzuschreiten, als der CSU-Abgeordnete Fellner die jüdischen Mitbürger verunglimpfte. Er tat nichts, als der CDU-Bürgermeister von Korschbroich unter dem Beifall seiner Parteifreunde antisemitische Äußerungen von sich gab.

Und er selbst war es, der allem die Krone aufsetzte, als er den sowjetischen Parteichef Gorbatschow mit dem Nazipropagandisten Goebbels verglich und bis heute nicht den Anstand aufbrachte, sich für diese Ungeheuerlichkeit zu entschuldigen.

Helmut Kohl hat sich als Bundeskanzler endgültig disqualifiziert. Er ist zu einer Gefahr für die Politik geworden.



Johannes Rau, er steht für soziale Politik, Frieden und Abrüstung

teil, sie unterstützen seine Ausdehnung auf den Weltraum und fallen dem US-Präsidenten selbst da in den Arm, wo er kompromißbereit ist.

- Kohl und die Konservativen tun nichts, um die Massenarbeitslosigkeit abzubauen. In die nächste Abschwungperiode werden wir mit einer Arbeitslosenzahl von über zwei Millionen eintreten.

- Kohl und die Konservativen schonen die Großen und schröpfen die Kleinen. Solidarität bleibt für sie ein Fremdwort.

Helmut Kohl als Bundeskanzler ablöst. Er steht für politischen Anstand und für eine Politik der Erneuerung und Gestaltung der Zukunft.

Zur Bekämpfung des Terrorismus bedarf es nicht skandalöser Gesetzesvorlagen wie der Kronzeugenregelung. Anstatt Mörder straffrei ausgehen zu lassen, muß die Fahndung nach den Terroristen energisch verstärkt werden.

Statt sich der Probleme, von denen die Zukunft unserer Kinder abhängt, anzunehmen, sprechen die Konservativen über die "Neue Heimat".

Da gibt es nichts zu beschönigen. Einige Spitzenleute der Gemeinwirtschaft haben schwerwiegende Fehlentscheidungen getroffen, für die sie zur Ver-

antwortung gezogen werden müssen. Die Enttäuschung und auch Empörung der Wähler aus dem eigenen Lager ist groß. Das zeigt die hohe Wahlerhaltung in Bayern und Hamburg. Das ist gut zu verstehen. Man muß aber auch folgendes bedenken: Die Konservativen versuchen, diese Schwäche der Gewerkschaften auszunutzen. Sie haben der Neuen Heimat nicht nur nicht geholfen, wie sie es z.B. bei der AEG getan haben; sie versuchen alles, um sie in den Konkurs zu treiben. Damit soll den Gewerkschaften das Rückgrat gebrochen werden.

Darum kann und darf eine Reaktion auf den NH-Skandal nicht darin bestehen, den Konservativen am 25. Januar die Stimme zu geben.

zichtbar wäre. Denn mit der getrennten Sammlung ist es ja nicht getan, die Stoffe müssen auch abgesetzt werden können. Und hier besteht ein Problem. Immer mehr Kommunen kommen auf die Idee der Wiederverwertung, und das ist gut so. Aber das führt auch dazu, daß der Absatzmarkt immer enger wird.

Deshalb geht die SPD-Fraktion in Bonn davon aus, daß mindestens 30% des Mülls stofflich verwertet werden. Wenn das gelänge - und die SPD wird alles dafür tun -, stünde Bonn mit Abstand an der Spitze aller Kommunen in der Bundesrepublik.

Die Marschroute der SPD ist klar:

1. Die Müllvermeidung steht an der Spitze aller Bemühungen. Die Stadt wird aufgefordert, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, die Bürger entsprechend zu informieren und zu beraten.
2. Der Müll soll - soweit möglich - durch stoffliche Verwertung reduziert werden. Die Stadt wird aufgefordert, verstärkt Container zur getrennten Sammlung von verwertbaren Stoffen aufzustellen. Dabei soll besonderes Augenmerk auf Sondermüll gelegt werden.
3. Der Restmüll soll in einem nach den modernsten Erkenntnissen der Technik ausgestatteten und jederzeit nachrüstbaren Müllheizkraftwerk so umweltfreundlich wie möglich verbrannt werden, um Strom und Fernheizwärme zu gewinnen. Die SPD wird, wie übrigens auch der Regierungspräsident, darauf achten, das die in Bonn zu errichtende Anlage vorbildlich sein wird. Die SPD wird deshalb auch engen Kontakt mit den Bürgern halten. In den nächsten Wochen ist eine Reihe von Bürgergesprächen geplant, in denen weiter informiert werden soll. Achten Sie bitte auf Ankündigungen in der Presse und auf Plakate und Handzettel!



Verwertung hat Vorrang MÜLLENTSORGUNG FÜR BONN

Müllvermeidung und Müllverwertung steht weiterhin eindeutig im Vordergrund bei der Müllentsorgung. Das haben SPD-Ratsfraktion und der Bonner SPD-Vorstand erneut bekräftigt. Die Endenicher SPD unterstützt das Konzept, das für den Restmüll thermische Verwertung für Strom und Fernwärme vorsieht.

In den letzten Wochen rauschte es wieder im Bonner Blätterwald in Sachen Müllentsorgung. Was war geschehen?

Die Stadt Bonn und die CDU-Mehrheitsfraktion im Rat befürworteten, wie öfter schon berichtet, ein Müllheizkraftwerk ohne wenn und aber. Das heißt, von Müllverwertung will sie so gut wie nichts wissen.

Inzwischen hatte der Regierungspräsident, um die Planungen der Stadt überprüfen zu können, ein Gutachten in Auftrag gegeben. Er wollte mehr Wiederverwertung und beauftragte deshalb einen Fachmann auf diesem Gebiet, Professor Tabasaran.

Die SPD-Ratsfraktion, die sich seit langem in Arbeitskreisen mit dem Problem der Müllentsorgung beschäftigt hatte, lud Professor Tabasaran zu einem Informationsgespräch ein.

Das Gutachten bestätigte weitgehend die Ansichten der SPD. Es ist möglich und notwendig, mehr Müll wiederzuverwerten als es die Stadt plant. Und es sind weitere Sicherheitsmaßnahmen erforderlich.

Die Bonner SPD hatte auf einem Parteitag 1984 nach intensiver Diskussion die Richtung gewiesen. Müllvermeidung und -verwertung stehen an erster Stelle. Der Rest ist zu verbrennen unter Nutzung der dabei entstehenden Energie.

Nachdem sich nun abzeichnet, wie groß der verwertbare Anteil des Bonner Müllaufkommens ist, hat die Fraktion den Beschluß der Partei konkretisiert.

Dabei mußte sie von der Erkenntnis ausgehen, daß eine so hohe stoffliche Verwertung der Müllmenge nicht möglich ist, daß ein Müllheizkraftwerk ver-

Vorsicht!

Etiketten schwindel

Wie bei jedem Bundestagswahlkampf, so bilden sich auch diesmal wieder Bürgeraktionen, um den ihnen nahestehenden Parteien ihre Unterstützung anzubieten. Im laufenden Bundestagswahlkampf will eine "Bürgeraktion Schule" den Wahlkampf in die Schulen hineinbringen.

Die Aktion fordert den Bestandsschutz für alle bestehenden Schulen. Die Notwendigkeit begründet sie damit, daß ihrer Ansicht nach die Gesamtschule zur Schließung anderer Schularien führt.

Daß das nicht stimmt, wissen die Initiatoren dieser Aktion selbst. Weniger als 3% des Schülerrückganges in den Haupt-, Realschulen und Gymnasien geht auf das Konto der jungen Schulform Gesamtschule, mehr als 97% sind durch den Geburtenrückgang bedingt.

Der Bestand vieler Schulen ist also einzig und allein durch die demographische Entwicklung

Für Bonn im Bundestag

PROFESSOR HORST EHMKE

gefährdet. Das darf aber auf keinen Fall deutlich werden, denn dann würde sich schnell zeigen, daß es der Bürgeraktion gar nicht um die Erhaltung bestehender Schulen, sondern lediglich um den ideologischen Kampf gegen die Gesamtschule geht.

So steht es denn auch in einem als "geheim" deklarierten Strategiepapier des Philologenverbandes. Darin heißt es, daß es "fatal" wäre, die konkreten Ziele der Aktion bereits während der Durchführung der Aktion zu diskutieren.

In der Tat wäre es für die Bürgeraktion und ihre Hinterleute in CDU und FDP fatal, wenn der Bürger vor seiner Unterschrift erfahren würde, für was er hier mißbraucht werden soll.

CDU und FDP planen hier eine Neuauflage des Kulturkampfes. Schlimm dabei ist, daß diesmal auch zehnjährige Kinder dafür erhalten sollen. Bei ihnen nämlich hat die Bürgeraktion auch schon Unterschriften gesammelt, und zwar in der Schule. Das ist ein eklatanter Verstoß gegen bestehende Gesetze. Auch das Verteilen von Material der Bürgeraktion an Schulen ist rechtswidrig! Sollte so etwas weiter vorkommen, verständigen Sie bitte sofort die SPD.

Kultusminister Hans Schwier sagt zu den Vorwürfen der Bürgeraktion:

"Jeder, der sein Kind zur Hauptschule, zur Realschule oder zum Gymnasium schicken möchte, kann dies auch in Zukunft tun. Jeder, der sein Kind zur Gesamtschule schicken möchte, muß das gleiche Recht haben.

In Übereinstimmung mit der Rechtsprechung der obersten Gerichte richtet sich das Elternrecht darauf, daß der Schulträger eine Schule der gewünschten Form in zumutbarer Entfernung zur Verfügung stellt. Muß eine Schule wegen Schülermangels geschlossen werden, so können die Schüler, die diese Schule besuchen, ihren Bildungsgang in der Regel an dieser Schule fortsetzen und abschließen. Auf jeden Fall wird sichergestellt, daß sie ihre weitere Schulbildung an einer nahegelegenen Schule der selben Schulform in zumutbarer Weise fortsetzen und beenden können."

Sie sehen also, die Vorwürfe der Bürgeraktion sind völlig unbegründet und dienen nur der Verschleierung ihrer wahren Ziele. Lassen Sie sich nicht für ziellichtige Machenschaften mißbrauchen!

Vielen Bonnern ist er längst bekannt, die Endenicher kennen ihn auch bestens: Professor Horst Ehmke. Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion will auch in der nächsten Legislaturperiode die Interessen der Bundeshauptstadt vertreten.

Horst Ehmke, 1927 in Danzig geboren, ist seit 1969 Mitglied des Deutschen Bundestages. Seit 1980 kandidiert er im Wahlkreis Bonn für die SPD.

Horst Ehmke ist auf vielen Feldern der Politik zuhause. "Allzweckwaffe der SPD" hat ihn einmal ein Journalist genannt. Als gelernter Jurist und Professor für öffentliches Recht begann er seine politische Karriere im Justizministerium. Erst als Staatssekretär Gustav Heinemanns, dann als dessen Nachfolger. Von 1969 bis 1972 war er als Kanzleramtminister der engste Mitarbeiter von Bundeskanzler Willy Brandt. Nach der Regierungsbildung 1982 war er bis 1974 Forschungs- und Postminister.



Seit 1977 ist Horst Ehmke als stellvertretender Vorsitzender für die Außen- und Sicherheitspolitik der SPD-Bundestagsfraktion verantwortlich. Durch seine guten Kontakte zu den USA, wo er studierte, und zu den osteuropäischen Ländern ist er ein wegen seiner Sachkompetenz gesuchter Gesprächspartner in West und Ost.

1970 als Kanzleramtminister gehörte er zu den Architekten des ersten Bonn-Vertrages. Erst zu dieser Zeit wurde Bonn vom "Provisorium" zur Bundeshauptstadt, mit der Finanzhilfe des Bundes.

Die Arbeit in seinem Wahlkreis bedeutet für Horst Ehmke: Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger.

Viele Menschen suchen bei ihm Rat und Hilfe. Ob es sich um Rentenprobleme, um soziale Probleme oder um die Ausreise aus der DDR handelt, Horst Ehmke bemüht sich, in jedem Fall zu helfen. Ein Schwerpunkt seiner Wahlkreisarbeit ist die Wirtschaftsförderungspolitik in Bonn, die das Gewerbe bisher vernachlässigt hat. Auch in

Bonn verschärfen sich die Probleme des Arbeitsmarktes, weil der öffentliche Dienst seine Rolle als Motor der Beschäftigungspolitik in Bonn inzwischen verloren hat.

Deshalb setzt sich Horst Ehmke für eine gewerbefreundliche Politik, die neue Arbeitsplätze schafft, ein.

Im Bereich der Umweltpolitik hat sich Horst Ehmke besonders für eine Verbesserung der Trinkwasserqualität und gegen ökologisch schädliche Straßenbauprojekte eingesetzt. Deshalb gilt er auch bei vielen besorgten Bürgern und Bürgerinitiativen als sachkundiger Gesprächspartner.

Vertrauen genießt er auch in den vielen Vereinen Bonns. So gehört er in Endenich der Narrenzunft an und ist Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr. Zudem sei er schon immer ein Verehrer der lustigen Bucheckern gewesen, wie er neulich bekannte.

Horst Ehmke lebt gerne in Bonn. Nicht nur im "politischen Bonn", sondern unter den Bonner Bürgern. Er ist kein Kind von Traurigkeit. Deshalb findet man ihn auch im Karneval und bei vielen Nachbarschafts- und Vereinsfesten.

Bonn braucht einen Bundestagsabgeordneten, der Profil und dessen Stimme Gewicht hat. Unser Land braucht eine neue Politik!

Deshalb: Bonner wählen am 25. Januar 1987 Horst Ehmke.

Im Rathaus notiert

An der Erich-Hoffmann-Straße/Ecke Wanderslebning sollte ein sogenanntes Drive-in-Restaurant für Autofahrer gebaut werden. Das brachte die Anwohner in Aufregung. Die SPD lud zu einer Bürgerversammlung ein, machte ihre Haltung dazu klar: sie wird ihre Zustimmung dazu nicht geben. Inzwischen hat sich auch die CDU und ihr Endenicher Stadtverordneter dem Protest der Bürger gebeugt: das Restaurant wird nicht gebaut.

Dafür ist nun eine Tankstelle in der Diskussion. Sie muß den Planungen im Regierungsviertel am Bundespresseamt weichen. Sie soll zusammen mit einem Supermarkt im non-food-Bereich errichtet werden. In der Sitzung des zuständigen Ratsausschusses wurde die Angelegenheit zunächst vertagt.

* * * * *

"Wie soll eine Verbesserung der Verkehrssituation an der Kreuzung Am Burggraben, Pastorsratsgasse, Endenicher Straße erreicht werden?" wollte die SPD in der Bezirksvertretung wissen.

Alles Gute unsern Lesern

Die ROTKEHLCHEN - Redaktion bedankt sich bei allen Lesern für ihr Interesse und ihre Anregungen im letzten Jahr.

Wir wünschen Ihnen ein frohes Weihnachtsfest und ein erfolgreiches neues Jahr!

Der Knoten, so die Verwaltung, steht auf Rang 12 des Straßenausbauprogramms 1987. Die Überlegungen beinhalten eine Gestaltung der Fläche in Anlehnung an die Endenicher Straße. Durch Pflanzungen sollen die Fahrbeziehungen verdeutlicht werden. Außerdem sollen die Fußgängerbereiche erweitert werden. Anfang 1987 soll der Vorentwurfplan vorgelegt werden.

Ebenso auf eine SPD-Anfrage teilte die Verwaltung mit, daß die an der Erich-Hoffmann-Straße noch fehlenden Gehwege zusammen mit den Arbeiten am Einmündungsbereich zur Endenicher Straße 1987 angelegt werden sollen.

Im Rahmen der personellen Möglichkeiten werde die Verwaltung zudem in verstärktem Maße Kontrollen durch den Verkehrsaußendienst durchführen lassen, um Behinderungen der Gehwegbenutzer durch vorschriftswidrig geparkte Fahrzeuge zu vermeiden.

Regierung der Minusrekorde KOHLE HAT ABGEWIRTSCHAFTET

Es hat bisher noch keine Bundesregierung gegeben, die in einer Legislaturperiode so viele Rekorde zu verzeichnen hatte wie die Regierung Kohl. Leider handelt es sich dabei aber um traurige Minusrekorde, über die Arbeitnehmer nicht jubeln können.

Arbeitslosigkeit

Ende August 1986 waren über 2,12 Millionen Menschen als Arbeitssuchende registriert. Das heißt: die Arbeitslosigkeit verharrt unverändert auf einem Rekordniveau; sie liegt im vierten Jahr der Kohl-Regierung um fast eine halbe Million höher als am Ende der Regierung Schmidt.

Neuer Pleiten-Rekord '85

Konkurse und Vergleichsverfahren in der Bundesrepublik Deutschland

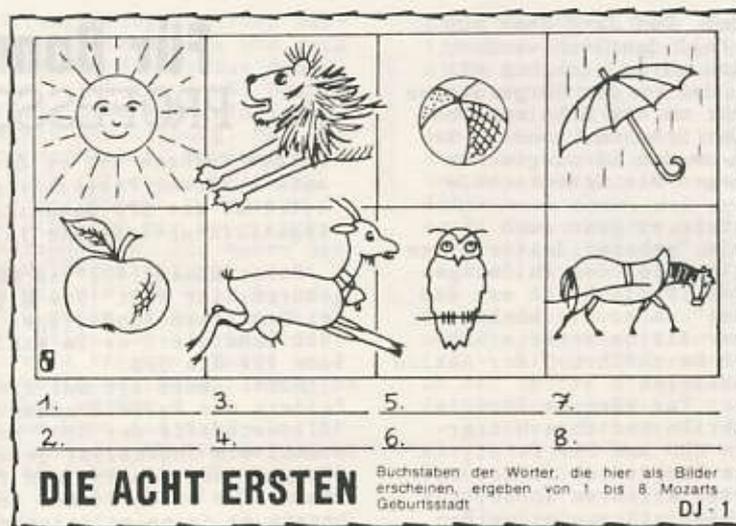


Sozialhilfe

Die Zahl der Haushalte, die laufend Sozialhilfe zum Lebensunterhalt beziehen, ist von 1981 bis 1984 von 757.000 auf 1,042 Millionen, die Sozialhilfeaufwendungen von 16,3 Milliarden DM im Jahre 1982 auf 20,8 Milliarden DM im Jahre 1985 gestiegen. Beides sind absolute Minusrekorde seit 1949.

Pleiten

Im Jahre 1985 sind fast 14.000 Unternehmen zusammengebrochen. Das ist die höchste Zahl von Pleiten seit 1949. Im ersten Halbjahr 1986 hat die Zahl der Pleiten noch einmal um 1,5% zugenommen.



— Salzburg
— Regensburg
— Gaiß
— Uhu
— Ziege
— Ball
— Löwe
— Apfel
— Sonne
Auflosgerät

Kundgebung
mit
JOHANNES RAU
Mittwoch, 21. Januar 1987
18.00 Uhr
Stadthalle Bad Godesberg

Abgabenbelastung

Die Abgabenbelastung eines Arbeitnehmers mit Durchschnittsverdienst ist von 39,3 Prozent im Jahre 1981 auf 42,7 Prozent im Jahre 1985 gestiegen. Das ist die höchste Abgabenbelastung seit 1949.

Lohnsteuerquote

Die Lohnsteuerquote stieg von 16 Prozent im Jahre 1982 auf 17,3 Prozent im Jahre 1986. Trotz der sogenannten Steuerreform wird sie bis 1990 weiter auf 19,2 Prozent ansteigen. Das sind die höchsten Lohnsteuerquoten seit 1949.

Rentenversicherung

Die Rentenversicherungsbeiträge sind von 18 Prozent 1982 auf 19,2 Prozent seit 1. Juni 1986 gestiegen. Das sind die höchsten Beiträge seit 1949.

Krankenversicherung

Die durchschnittlichen Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung sind Ende 1985 auf 12,2 Prozent gestiegen. Das sind die höchsten durchschnittlichen Beiträge in der gesetzlichen Krankenversicherung seit 1949.

Steuersubventionen

Die Steuersubventionen, also die Vergünstigungen bei Bundes-, Landes- und Gemeindesteuern, sind von 28,5 Milliarden 1982 auf 44,5 Milliarden im Haushaltsentwurf 1987 gestiegen. Das sind die höchsten Steuersubventionen seit 1949.

Investitionsquote

Die Investitionsquote des Bundeshaushaltes sinkt kontinuierlich. Nach der mittelfristigen Finanzplanung der Bundesregierung wird sie 1990 ganze 11,9 Prozent betragen. Das ist die niedrigste Investitionsquote seit 1949.

Finanzlücke

Die Finanzlücke des Bundeshaushaltes, also die Ausgaben, die nicht durch ordentliche Einnahmen gedeckt sind, belaufen sich für die Jahre 1983 bis 1987 auf 185 Milliarden DM. Das ist die größte Finanzierungslücke eines Bundeshaushaltes, die eine Bundesregierung je in einem Fünf-Jahres-Zeitraum seit 1949 zu verantworten hatte.



Erscheinungsweise:
Jeden zweiten Monat

Auflage: 7.300
Druck: Eigendruck

Herausgeber:
SPD-Stadtratsfraktion
in Zusammenarbeit mit dem
SPD-Ortsverein Bonn-West

Redaktion:
Klaus Stöppler (verantw.)
H. Baumann, U. Berger-Juling,
A. Büchner, W. Carl, G. Haas,
G. Roth

Redaktionsanschrift:
ROTKEHLCHEN c/o Klaus Stöppler
Weberstraße 55 5300 Bonn 1
Telefon: 225156